starken Denkschriften über den deutschen Reichshaushalt beschäftigt. Die deutsche Denkschrift betont, daß die Kernfrage sei: Wie ist es für Deutschland möglich, den eigenen ordentlichen Bedarf und daneben noch die Ausgaben für die Reparation durch laufende Mittel aufzubringen? Um ein gerechtes Bild zu bekommen, dürfe man nicht bloß bei den Einnahmen eine Umrechnung in Gold vornehmen, sondern müsse dann auch die Ausgaben in Gold umrechnen. Die Meinung, als ob noch eine Reihe von Milliarden bei der eigentlichen Reichsverwaltung gespart werden könnten, ist irrig. Bei allen Sparversuchen wird man niemals dazu kommen, Milliarden zu gewinnen in einem Umfange, daß damit auch nur annähernd die Wünsche der Gegner befriedigt werden könnten.

Der zweite Teil der Denkschrift geht auf die Bemerkungen der Alliierten über die deutschen Einnahmen ein. Das gesamte deutsche Volkseinkommen beträgt in Papiermark 140 Milliarden. In Goldmark umgerechnet ergibt sich bei 60 Millionen Bevölkerung auf den Kopf nur ein Einkommen von jährlich 233⅓ Goldmark. Hierin drücke sich die ganze Verarmung des deutschen Volkes aus. Einschließlich der indirekten Steuern werden dann die einzelnen Steuermöglichkeiten geprüft. Aus dem Alkohol erwarte man einen Mehrertrag von 2¾ Milliarden Papiermark für 1922.

Zum Schluß wird dargelegt, daß trotz der starken Steuererhöhung auf die Dauer kein besonders großer Ueberschuß zu erzielen sein wird und nachgewiesen, daß es ganz unmöglich sei, die in den Pariser Beschlüssen geforderten Goldannuitäten auf dem Wege der Besteuerung aufzubringen.

Eine Kabinettssitzung.

Berlin, 2. März. Das Kabinett trat nachmittags im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Berichten zu beschäftigen, die von Dr. Simons über den Verlauf der gestrigen Sitzung und über seine Eindrücke in London eingelaufen sind. Fast alle Fraktionen haben für die Abendstunden Sitzungen einberufen, auf deren Tagesordnung in erster Reihe die Londoner Konferenz steht. Die „Voss. Ztg." glaubt es werde wieder versucht werden, eine Einheitsfront im Reichstage zu bilden, wenn auch die Aussichten dafür nicht sehr günstig zu sein scheinen.

Eine Kundgebung aus dem Ruhrgebiet.

Essen, 2. März. Die Stadtverordnetenversammlung hat unter Stimmenthaltung der drei Kommunisten folgende Entschließung angenommen:

Aus dem Herzen des Ruhrgebietes heraus spricht die Essener Stadtverordnetenversammlung am Tage des Verhandlungsbeginns in London ihre Erwartung aus, daß die Reichsregierung fest bleibt. Das Pariser Ansinnen verdammt das deutsche Volk zur Abtötung. Voll bewußt aller Folgen, die kommen könnten, fordert die Stadtverordnetenversammlung, daß die Regierung sich in der Ablehnung der Pariser Vorschläge nicht beirren lassen und nur solchen Abmachungen zustimmen wird, die für das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft erfüllbar sind.

Die schwarzen Truppen im Rheinland.

Berlin, 2. März. Ueber die Stärke der im Dezember im besetzten Rheinland befindlich gewesenen farbigen Truppen wird auf Grund einer amtlichen Umfrage folgende Uebersicht gegeben: Im Bezirk Köln befanden sich rund 5400 Marokkaner, im Bezirk Aachen rund 2100 Marokkaner und Zuaven, im Bezirk Trier 385 Araber und Annamiten, im Bezirk Koblenz 700 Algerier und Senegalneger. In Hessen waren 6550 Algerier, Marokkaner, Madagassen, Senegalneger und Tonkinesen, schließlich im Bezirk Wiesbaden rund 5600 Farbige verschiedenster Art. Insgesamt betrug die Zahl der Farbigen etwas über 24 000.

„Auf Parteibeschluß".

Dem „Vorwärts" berichtet ein alter Bergarbeiter aus Osternienburg folgendes:

„Vor einigen Tagen waren wir auf dem Heimweg von der Schicht. Vor uns ging ein Trupp junger Kameraden, die der kommunistischen Partei angehören. Man unterhielt sich vor uns über politische Dinge. Im Laufe des Gesprächs sagte ein kommunistischer Kamerad: **„Wenn es die Partei von mir verlangt, erschieße ich meinen eigenen Bruder."** Ich glaubte mich verhört zu haben und bat, das Letztgesagte noch einmal zu wiederholen, und nun meinte der junge Kamerad, sich stolz brüstend: „Jawohl, wenn es die Partei befiehlt, erschieße ich meinen Bruder, wenn er anderer politischer Meinung ist."

Ich war ganz entsetzt und erwiderte: „So etwas kann nur jemand sagen, der keinen Bruder hat." „O ja", sagte der Kommunist, „ich habe sogar zwei Brüder". Ich war außerstande, mich weiter mit dem Manne zu unterhalten; mit einem kräftigen Pfui auf den Lippen ließ ich diese Sorte Menschheitsbeglücker unter sich."

Der „Vorwärts" sagt dazu: „Schuld trägt nicht die irregeführte, zur Roheit systematisch erzogene Jugend, sondern jene Presse, die täglich in gemeinster Art an die niedrigsten Instinkte appelliert, gegen jeden hetzt, der anderer Meinung ist, und so den Boden für solche unglaubliche Roheit vorbereitet."

Hoffentlich ist sich der „Vorwärts" darüber klar, daß diese Sätze vielfach auch auf die Presse seiner eigenen Partei zutreffen.

Aenderungen im Polizeiwesen.

Der Landtag trat gestern in die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Aenderungen im Polizeiwesen ein.

Minister Lipinski begründet den Gesetzentwurf. Nach der Vorlage soll die grüne Polizei etatrechtlich gesondert bestehen bleiben. Ferner wird der Versuch gemacht, die blaue Polizei einheitlich zu organisieren und die grüne Polizei nach und nach in den blauen Polizeikörper überzuführen. Ueber die Verstaatlichung der Polizei seien die Meinungen durchaus geteilt. Es sei betont worden, daß es unmöglich sei, die Polizei für alle Gemeinden auf den Staat zu übernehmen. Die Gemeinden würden materiell beeinträchtigt, weil sich der Polizeidienst von den Verwaltungsarbeiten schwer trennen ließe. Zu der Beschwerde, daß die Fachorganisationen bei der Bearbeitung nicht herangezogen worden seien, müsse bemerkt werden, daß die Polizeibehörden gehört werden und ihre Bedenken zum großen Teile beachtet worden seien. Die Vorlage suche einen Mittelweg einzuschlagen. Verstaatlicht werden solle die Kriminalpolizei. Eine staatliche Kriminalpolizei bestehe bereits, daneben aber auch Ortskriminalpolizei. Beide sollten zusammengefaßt werden, weil der Verbrecher keine Ortsgrenzen kenne. Im übrigen werde im Prinzip zwar anerkannt, daß letzten Endes die Sicherheitspolizei unter Ausscheidung der Wohlfahrtspolizei auf den Staat übernommen werden solle, aber es solle der Weg der Verhandlung mit den Gemeinden gewählt werden. Daher werde in § 2 bestimmt, daß das Gesamtministerium nach Maßgabe des Staatshaushaltplanes anordnen könne, daß in einzelnen Gemeinden die Sicherheitspolizei einschließlich der Verkehrspolizei ganz oder teilweise auf staatliche Polizeibehörden übergehe. Der Minister erwähnt weiter, daß von dem Polizeibeamtenverband ein Gegenentwurf eingereicht worden sei, der einer Verstaatlichung der Polizei bis zum letzten Gemeindediener und die Verleihung der Staatsdienereigenschaft an alle Beamten fordere. Die Eingaben seien nicht erfolgt wegen der Vereinheitlichung der Polizei, sondern wegen der materiellen Stellung der Beamten. Die schwierige Frage müsse ernstlich geprüft werden.

Abg. Dr. **Eberle** (D.-N.) hält eine allgemeine Verstaatlichung der Polizei mit Rücksicht auf die Gemeindeautonomie nicht für angezeigt. Die materielle Sicherstellung der Beamten könne auf anderem Wege erfolgen. Die Sicherheit auf dem Lande sei in einem Maße gefährdet, daß die Gemeinden sich nicht länger der Erkenntnis verschließen könnten, selbst für einen stärkeren Polizeischutz sorgen zu müssen.

Abg. **Müller** (D. Vp.) ist der Meinung, daß man sich auf gewisse Richtlinien über die Grenzen der Verstaatlichung einigen müsse, sonst komme man zu einer Unsicherheit und Willkür. Notwendig seien diese Richtlinien vor allem für die Abgrenzung der Kompetenz der Wohlfahrts- und Sicherheitspolizei. Die heutige Vorlage bedeute in gewissem Sinne eine Rückwärtsentwicklung. Der Staat habe im vorigen Jahrhundert die Gemeindepolizei wieder zurückgenommen. Die jetzige sozialistische Regierung wolle dasselbe tun, was die reaktionäre Regierung getan habe. Bei der Verstaatlichung der Wohlfahrtspolizei, wie sie die Polizeibeamten wünschten, würde ein großer Teil der Gemeindeverwaltung vernichtet. Die Vorlage werde dem Staate sehr viel Geld kosten. Ein Nebeneinanderarbeiten von Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei ergebe allerdings Reibungen, daher sei die genauere Abgrenzung nötig. Für die Städte mit revidierter Städteordnung, die die Sicherheitspolizei behalten wollten, müsse im Ausschusse die Frage eines staatlichen Zuschusses ernstlich erwogen werden. Seine Fraktion sei bereit, die Vorlage wohlwollend zu behandeln, glaube aber, daß sie nicht in dem gegenwärtigen Gewande Gesetz werden könne. Insbesondere sei eine Vernehmung mit den Gemeinden und den Polizeibeamten nötig, um die schwierigen Probleme im Interesse der Volkswohlfahrt und des Staats zu lösen.

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß.

Oertliche Angelegenheiten.

* **Neue Verhandlungen über die Besoldungsreform.** Das Ministerium des Innern hat mit den Beamtenorganisationen über die neue Besoldungsordnung verhandelt. Ueber die Einstufung der Techniker wurde keine Einigung zwischen Regierung und Beamtenschaft erzielt, weil die Regierungsvertreter die Wünsche der Techniker wohl anerkannten, nicht aber die Einstufung in entsprechender Weise vorzunehmen bereit waren. Der Bund technischer Angestellten und Beamten hält an seiner grundsätzlichen Forderung fest und spricht die Erwartung aus, daß seine Forderung auch im Staatsinteresse bei der Beratung im Gesamtministerium Rechnung getragen wird. Der Vertreter des Bundes Sächsischer Staatsbeamten erklärte, daß er sich dieser Erklärung im wesentlichen anschließe.

* **Zur Erhöhung der Milchpreise.** Vom Wirtschaftsministerium wird mitgeteilt, daß die Erhöhung der Milchpreise nicht, wie gemeldet am 1. März, sondern erst am 7. d. M. erfolgen wird.

•

Aue, 3. März. Einen hochinteressanten und anregenden Vortrag, der durch seine fesselnden Darlegungen die Zuhörer veranlaßte, sich auf ihr eigenes Volkstum zu besinnen, bot am Sonnabend im Wissenschaftlichen Verein Hr. Professor Reuschel von der Technischen Hochschule in Dresden. „Angewandte Volkskunde" nannte er sein Thema. In seiner Einleitung betonte der Redner, daß, im Sinne Nietzsches, nicht nur die monumentalische und antiquarische, sondern insbesondere die kritische Geschichtsbetrachtung Anwendung auf die Volkskunde finden müsse. In der Volkskunde komme es darauf an, das Lebensnahe an den Einzelnen heranzubringen, ihn für das Heimische zu interessieren. In der Zeit des Weltkrieges habe man überall Auslandsinstitute errichtet, aber vergessen Inlandsinstitute zu schaffen, die sich mit der heimischen Volkskunde beschäftigen. Redner ging dann auf die Entwicklung der deutschen Volkskunde ein und legte den grundlegenden Unterschied im Betriebe der Volkskunde bei uns und den Engländern dar. Während diese nur den Stoff sammelten, handelte es sich bei uns von vornherein um bewußte wissenschaftliche Betätigung, die besonders durch die Vereine für Volkskunde gefördert wurden. Bisher wurde Volkskunde an unseren Hochschulen immer noch nebenamtlich gelehrt, während Dänemark dafür schon lange einen Lehrstuhl habe. In Schweden sei Volkskunde Prüfungsfach. Zu begrüßen sei es, daß die Hauptstadt des neuen tschechoslowakischen Staates einen Lehrstuhl und die Diaspora Danzig ein Seminar für deutsches Volkstum errichtet haben. Sodann verbreitete sich der Redner über angewandte Volkskunde in bezug auf Politik. Wenn wir Deutschen den Blick immer auf das wenden, was uns nahe liegt, wenn wir Deutschland von Deutschland aus betrachten, so werde dadurch ein wertvolles Stück nationaler Erziehung geleistet. Es gelte daran zu glauben, daß Volkskunde für uns Wert habe, auch wenn das nur Illusion sei. Die Illusion dürfen wir uns jetzt nicht nehmen lassen. Interessant war, was der Redner über Massenpsychologie sagte. In der Masse zeige sich oft der Volkscharakter, aber vielfach auch Entartungen desselben. Im Unterricht dürfe kein Fach ohne volkskundliche Beziehungen sein, und sei es auch nicht. Eine Fülle von Anregungen bot der Abschnitt religiöse Volkskunde. Im Abschnitt Recht und Verwaltung kam Redner auf die oft wenig rücksichtsvolle Behandlung der Volkssitten durch den alten Bürokratismus, auf die unangebrachte Strenge der Forstgesetze, auf Jugendpflege und Jugendwehr, auf den Zusammenhang von Verbrechen und Aberglauben und auf Kriminalstatistik zu sprechen. In dem Abschnitt literarische Volkskunde würdigte Redner das Volkslied als Kulturmacht, kam auf den Wert der Haaß-Berkow-Spiele zu sprechen und begrüßte die Neubelebung der Weihnachtsstücke mit ihrer Schlichtheit und Einfachheit. Die sachliche Volkskunst konnte Redner wegen Umfanges des Stoffes leider nur streifen. Und doch bot gerade das, was er über Puppentheater und Kasperltheater, über die heimischen Kunstgewerbe (Krippenschnitzerei, Spankorbflechterei, Töpferei, Bautkunst) und ihre Förderung durch Vereine darlegte, so viel Anregendes, daß man gern mehr darüber gehört hätte. Zum Schluß kam Professor Reuschel kurz auf die Volksmedizin zu sprechen, dem Bindeglied zwischen Volkskunst und Wissenschaft. Für seine inhaltreichen Darlegungen erntete der Redner den reichen Beifall seiner Zuhörer. Diejenigen, die der Einladung zum Vortrag nicht Folge leisteten, haben sich zweifellos um einen genußreichen Abend gebracht.

Aue, 8. März. Eines groben Vertrauensbruches hat sich der in einem hiesigen Metallwalzwerk angestellte Versandleiter Arthur B. schuldig gemacht. Derselbe hat durch raffinierte Fälschungen innerhalb 1½ Jahren große Mengen versandfertiger Metalle aus dem Eigentum seiner Firma verschoben. Man spricht davon, daß die bis jetzt ermittelten Werte mehr als 70 000 Mk. betragen. Diese Beträge hat B., der mit der Absicht umging, sich selbständig zu machen, in seinem Interesse verwendet. Auch sonstiger Diebstähle fertiger Silberwaren konnte B. bei seiner Verhaftung überführt werden.

Aue, 3. März. Im „Bürgergarten" fand gestern abend eine Einwohnerversammlung statt, zu der die sozialdemokratische Partei eingeladen hatte. Stadtverordnetenvorsteher Frey sprach über Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Er führte aus, daß das Finanzelend durch den Krieg hervorgerufen worden sei. War es in dieser Hinsicht 1919 für die Stadt Aue schon schwer, so wurde es 1920 noch schlechter. Große Ausgaben waren zu leisten. Wiederholt mußten bedeutende Mittel für Besoldungen aufgewendet werden. Redner rechtfertigte dann das Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordneten in allen kommunalen Fragen und ließ sich dabei besonders aus über die Wohnungsnot, das Schulwesen, die Wasserversorgung, über Kommunalisierung des Bestattungswesens und über das Steuerwesen. Er kam zu dem Schluß, daß trotz aller Nöte die Finanzlage unserer Stadt als äußerst günstig zu betrachten sei. In der Aussprache, die sehr lebhaft war, wurden noch eine ganze Reihe von Wünschen und Forderungen auf kommunalpolitischem Gebiet vorgebracht.

Schneeberg, 3. März. Der Fleischer Paul Härtig bestand die Meisterprüfung.

•

** **Leipzig.** Die Berliner Zeitungsfirma Ullstein u. Co. hat von dem Leipziger Zeitungsverleger Kürsten die Grundstücke Johannisgasse 6, 8 und 10 erworben. In diesen befinden sich die „Leipziger Allgemeine Zeitung" (im Besitz von Kürsten) und das „Leipziger Tageblatt". Gleichzeitig wurde die Firma „Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H." gegründet, an welcher Ullstein und Kürsten beteiligt sind. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Fortbetrieb der bisher unter den Firmen „Leipziger Allgemeine Zeitung" usw. betriebenen Verlagsgeschäfte, Buchdruckerei und Zeitungsunternehmen.

Neues aus aller Welt.

— **Neuyork im Schneesturm.** Ein furchtbarer Schneesturm, der schlimmste, der seit 20 Jahren festgestellt wurde, ist über Neuyork dahingebraust. Durch den Orkan wurden die Schneemassen an manchen Stellen zu Bergen aufgehäuft. Die Züge konnten nicht weiterfahren, und in einem Falle blieben die Passagiere in der eisigen Kälte viele Stunden vor Neuyork auf freiem Felde und verbrannten alles Holz, das sich in den Abteilen fand, um sich warm zu halten. Zahlreiche Fälle, in denen Menschen erfroren, sind gemeldet. Um den Schnee wegzutauen, wurden in verschiedenen Teilen der Stadt riesige Feuer in den Straßen angezündet.

Sonder-Verkauf bis Sonnabend!

WEISSE WAREN

Zu ganz besonders billigen Preisen!

Weisse Webwaren

Gerstenkornhandtuch, grau Meter	7.50
Gerstenkorn-Handtuch, weiß mit roter Satinkante . . . Meter	12.50
Handtuch, 45×100 cm rein Leinen grau/weiß, karr. Jaquard . . .	17.50
Linon für Bettwäsche, 80 cm breit, gute Qualität . . Meter	12.85
Pikeebarchent, ca. 80 cm breit, gutes Fabrikat . . . . Meter	16.50
Köperbarchent, ca. 75 cm breit, schwere Qualität . . Meter	14.50
Stuhltuch, 150 cm breit, schweres Gewebe, für Bettücher Meter	36.50

Damen - Wäsche

Damen-Fantasiehemden mit Hohlsaum und Wäschebördchen . .	27.50
Damen-Fantasiehemden m. Stickerei garniert	29.50
Damen-Kniebeinkleider m. Stickerei-Ansatz	27.50
Damen-Nachthemden, Schlupfform, mit Stickerei-Ansatz . .	58.00
Damen-Untertailien mit breiter Stickerei und Stickerei-Trägern	13.75

Taschentücher / Schürzen

Damen-Batisttücher mit Hohlsaum	2.25
Linontücher, gebrauchsfertig, 40 cm groß	2.95
Damen-Batisttücher mit Hohlsaum und gestickter Ecke	3.95
Tändelschürzen mit Träger, Stick-Einsatz, ringsum Stickerei . . .	12.75
Hausschürzen, Wienerform, mit Träger und 2 Taschen	24.75

In **allen Abteilungen unseres Hauses** liegen grosse Mengen weiss. Waren zu sehr billigen Preisen aus, so . . . . dass sich der Einkauf jetzt besonders lohnt. . . . .

Gardinen

Scheibengardinen aus Erbstüll Stck.	5.50
Scheibengardinen ca. 60 cm breit Meter 11,50, 10,50	9.50
Gardinen, breite Ware, weiche Qualitäten, Meter 17.50, 14,50	12.50
Künstlergardinen, Fenster 3teil. hübsche Muster . . . 135.—	85.00
Halbstores, sehr schöne Ausführung 68.50	57.00
Vitragenstoffe, 80 cm breit, sehr schöne Ware . . Meter 14.50,	12.80
Tüllgardinen-Spitze, ca. 30 cm breit, mit Einsätzen . Meter 8.50,	5.50

Kaufhaus Schocken / Aue